

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

54. Nr. Sonntagsbeilage

Preisprophet Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cötha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudtnitz, Threna etc.

Erscheinung wöchentlich dreimal: Die Freitag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr Bezugspreis vierteljährlich 2 Mk. 10 Pfg., monatlich 70 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgealtene Petitzeile 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Ämtlicher Teil 40 Pfg. Reklamezeile 50 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 12. Sonntag, den 26. Januar 1919. 30. Jahrgang.

Ämtliches.

Abgabe von Krankengebäck.

Die Entnahme des Krankengebäckes durch die Geschäfte erfolgt am 29. Januar 1919 in den Warenverteilungsstellen. Die Bezugsberechtigten können das Krankengebäck in der Zeit vom 30. 1. bis 3. 2. 1919 gegen Abgabe der Brotmarken und des Stammbuchschlittes der besonderen Bezugsmarke bei dem Geschäfte, in dem sie sich zur Kundenliste angemeldet haben, entnehmen. Nicht rechtzeitig abgeholte Mengen können gegen Brotmarken frei verkauft werden. Die eingenommenen Brotmarken sind von den Geschäften bis zum 8. Februar 1919 an die Warenverteilungsstelle — Firma C. K. Koll, Grömma — gebündelt einzuliefern. Geschäfte, die die Brotmarken nicht ordnungsgemäß und vollständig einreichen, erhalten Krankengebäck zum Verkauf nicht wieder zugewiesen.

Grimma, den 24. Januar 1919. Getr.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.
J. V. Dr. v. Schwarz.
Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Gey. Schreiber.

Bekanntmachung.

Das Lagergeld des Kriegsgefangenenlagers Chemnitz verliert am 28. Februar 1919 seine Gültigkeit.
Die Einlösung ist deshalb sofort zu veranlassen und erfolgt durch die Abteilung Gefangenenkasse des Kriegsgefangenenlagers Chemnitz.

Chemnitz, den 25. Januar 1919.

Die Kommandantur
des Kriegsgefangenenlagers Chemnitz.

Polizeistunden-Verlängerung.

Anlässlich der Gemeindevertreter-Wahl ist die Polizeistunde für Sonntag, den 26. d. M. bis 1/2 12 Uhr nachts verlängert worden.

Naunhof, am 25. Januar 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
Waller. Thiemann.

Eier für Kranke.

Auf die Marke G der für Kranke gültigen Eierkarten wird vom 27. d. M. ab bei Frau Kasse, Lange Straße 62 I G für 40 Pfg. abgegeben. Die bereits verfallenen Eierkarten für Kranke können nicht beliefert werden.

Naunhof, am 25. Januar 1919.

Der Bürgermeister. Der Arbeiterrat.
Waller. Thiemann.

Vereinsbank Naunhof in Naunhof

Kredit-Gewährung.
Diskontierung und Einziehung von Wechseln und Schecks.
Scheck- und Giro-Verkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Zentralbank 44. Geschäftszeit: 10—12 Uhr. Postfach-Nr. 10713.

Das Wahlergebnis.

Eine reine Freude ist keiner Partei beschieden worden. Niemandes Wahnsinn sind in den Himmel gewachsen. Aber trotzdem: ein Umschwung liegt vor, ein ganz gewaltiger, wie ihn vor einem, vor einem halben Jahre noch keiner unter uns für möglich gehalten hätte.
Er besteht in dem überwältigenden Bekenntnis zum demokratischen Gedanken, welches das deutsche Volk am 19. Januar laut und vernehmlich abgelegt hat. Von den 421 Abgeordneten, die es an diesem Tage für die Nationalversammlung gewählt hat, stehen nicht weniger als 288 mit beiden Füßen auf dem Boden der demokratischen Republik: 165 Mehrheitssozialisten, 24 Unabhängige und 77 Demokraten; von 11 Eigenbröttern, die verschiedenen kleinen Parteipolitikern angehören und die besonders in Süddeutschland zu Hause sind, kann man im großen und ganzen daselbe sagen, da es mehr wirtschaftliche Sonderanschauungen sind, die sie von den Parteienverbänden der Linken trennen. Und die rechtsstehenden Parteien, die zusammen 148 Mandate erobert haben, stehen zum mindesten mit einem Fuß auf dem gleichen Boden. Das Zentrum, aber wie es sich jetzt nennt, die christliche Volkspartei, hat sofort nach dem 9. November die republikanische Staatsform als gegebene Notwendigkeit anerkannt und den demokratischen Grundcharakter seines Wesens während des Wahlkampfes härter als je zuvor herausgearbeitet; mit seinen 88 Abgeordneten wird es als die stärkste bürgerliche Partei in Weimar aufmarschieren. Auch die deutsche Volkspartei, aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen

hervorgegangen, hat sich mit der Republik abgefunden und schon durch die Wahl ihres Namens dafür Zeugnis ablegen wollen, daß sie sich in keinen Gegenlag zum demokratischen Gedanken zu stellen gedenkt. Sie hat es zwar nur auf 19 Mandate gebracht, hatte aber auch nach dem Bruch in den eigenen Reihen mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Nur die Deutschnationale Volkspartei hat ausdrücklich das Bekenntnis zur Monarchie festgehalten, und als eine demokratische Gemeinschaft wird sie sich wohl auch nicht bezeichnen wollen. Ihr sind nur 37 Mandate zugefallen, und selbst wenn man ihr für eine nähere oder fernere Zukunft bessere Wahlerfolge voraussetzen wollte, für die Gegenwart bleibt ihr nur eine sehr bescheidene Rolle zugewiesen. Sie ist die eigentliche Oppositionspartei in der Nationalversammlung, die aber das Maß der Gefährdung nicht wird aufhalten können.
Wir steuern also in die demokratische Republik hinein — es ist der ausgesprochene Mehrheitswille des deutschen Volkes. Aber nicht in die sozialistische Republik. Beide Parteien der Sozialdemokratie verfügen zunächst nur über 189 Stimmen, bleiben also hinter der absoluten Mehrheit um etwa 1 1/2 Duzend Stimmen zurück. Das ist nicht viel, gewiß nicht, aber immerhin genug, um sie in ihren letzten Absichten noch eine Zeitlang aufzuhalten. Soweit die Deutsche demokratische Partei mit ihren politischen Zielen übereinstimmt, ergibt sich natürlich eine ganz ausserordentliche Majorität, und wir werden es sicherlich oft genug erleben, daß der Wille dieser beiden demokratischen Parteien den Gang der Entwicklung maßgebend bestimmt. Indessen, die Unabhängigen werden doch oft genug ihre eigenen Wege gehen wollen, und ob in der bürgerlichen Demokratie die ganze Fraktion als eine wirklich geschlossene innere Einheit gelten kann oder ob nicht besonders in nationalen Fragen ersten Ranges die Aktionskraft der Partei durch Schwankungen, Schattierungen, Unsicherheiten gelähmt werden wird, das sind vorläufig noch ganz unübersehbare Fragen. Jedenfalls ihre Fokussierung, neben der Sozialdemokratie als die eigentliche Partei des deutschen Bürgerthums auftreten zu können, ist nicht in Erfüllung gegangen, so gewaltige Stimmengahlen sie auch fast allerorten auf ihre Listen vereinigt hat. Vielleicht ist es heute wie ebendem das Zentrum, das mit ungebrochener Kraft aus allen Stürmen der Revolution als die zweitstärkste Partei hervorgegangen ist. Mit den rechtsstehenden Parteien zusammen verfügt es so über einen festen Block von rund 150 Stimmen. Eine Minderheit, die schon an sich recht un bequem werden kann, wenn sich auch bei der endgültigen Feststellung noch Verschiebungen einzelner Mandate ergeben sollten.

Die demokratische Partei wird sich angesichts dieser Lage schwerlich von vornherein mit der Sozialdemokratie zu einer Art Schutz- und Trutzbündnis verlocken wollen, auch nicht um den Preis, dafür sowohl in der Nationalversammlung wie in der Regierung an den im Augenblick herzhalt wenig verlockenden Freuden einer „herrschenden“ Partei beteiligt zu werden. Hier hat das Zentrum einen Trumpf im Spiel, den es nicht ungenutzt unter dem Tisch lassen wird. Wir sind nun einmal nicht das Volk des Zweiparteiensystems und sind es auch durch die Revolution nicht geworden. Damit werden wir uns abfinden müssen.

Die Frauen in der Nationalversammlung.
Als gewählte Vertreter der Frauenwelt haben zu gelten von den Mehrheitssozialisten: Wilhelmine Köhler, Anna Simon, Marie Juchacz, Frau Kugel, Elise Hoff, Frieda Hants, Fräulein Schröder, Frau Schuch, Frau Leib, Frau Röhl, Fräulein Wülf, Witwa Fischer. Christliche Volkspartei: Frau Grunau, Frau Neuhaus, Fräulein Schmitz, Helene Weber, Marie Bettler. Deutsche demokratische Partei: Fräulein Katharina Kloss, Fräulein Elise Keffe, Fräulein Baum, Gertrud Bäumer (zweimal gewählt). Deutschnationale Volkspartei: Fräulein Käthe Schürmacker, Anna Traub, Anna v. Gierke. Unabhängige Sozialdemokratie: Luise Sieh, Frau Agnes, Frau Drehtler.

Die Frauen in der Nationalversammlung.

Als gewählte Vertreter der Frauenwelt haben zu gelten von den Mehrheitssozialisten: Wilhelmine Köhler, Anna Simon, Marie Juchacz, Frau Kugel, Elise Hoff, Frieda Hants, Fräulein Schröder, Frau Schuch, Frau Leib, Frau Röhl, Fräulein Wülf, Witwa Fischer. Christliche Volkspartei: Frau Grunau, Frau Neuhaus, Fräulein Schmitz, Helene Weber, Marie Bettler. Deutsche demokratische Partei: Fräulein Katharina Kloss, Fräulein Elise Keffe, Fräulein Baum, Gertrud Bäumer (zweimal gewählt). Deutschnationale Volkspartei: Fräulein Käthe Schürmacker, Anna Traub, Anna v. Gierke. Unabhängige Sozialdemokratie: Luise Sieh, Frau Agnes, Frau Drehtler.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Schicksal der deutschen Südsee. Der australische Premierminister Hughes verlangt, daß Japan alle deutschen Südseeinseln nördlich des Äquators, Australien alle deutschen Inseln südlich des Äquators erhält. Er verurteilt die stielischen Küstler durch die Mitteilung an amerikanische Berichterstatter, daß er sich weigert, sich von der Friedenskonferenz in irgendeiner Frage, die Australien betreffe, den Mund klapfen zu lassen.

Die Abfindung für den früheren König von Württemberg. Die württembergische Regierung hat dem früheren König eine Jahresrente von zweimalhunderttausend Mark bewilligt, von der die Königin als Witwe 100 000 Mark erhält. Als Aufenthaltort wurde dem früheren König Schloss Weihenhausen eingeräumt. Die von den Herzögen bewohnten Schlösser sind zum 31. März gekündigt worden und müssen bis dahin von ihren jetzigen Bewohnern verlassen werden.

Lösungsbestrebungen in Braunschweig. In Braunschweig ist beschlossen worden, die Arbeit wieder

aufzunehmen. Auf einer in dem Braunschweiger Schloßhof abgehaltenen Versammlung wurde mitgeteilt, die Unabhängigen hätten die Berliner Regierung aufgefordert, zurückzutreten, um einer wirklich sozialistischen Regierung Platz zu machen. Die Vertreter aus Rheinland und Westfalen hätten sich mit Braunschweig solidarisch erklärt. Sollte die Berliner Regierung nicht zurücktreten, so sei man entschlossen, sich von Berlin loszulösen, um zusammen mit Rheinland und Westfalen unter Anschluß vielerorts auch von Hamburg, Bremen und Leipzig eine selbständige Republik zu bilden.

Schwere Wahlfabrikation in Hamburg. Die Wahl zur Nationalversammlung ist in der Stadt Hamburg in 34 von 39 Bezirken, im Landkreise und in der Stadt Dinstalaken in sämtlichen 4 Bezirken, in der Bürgermeisterei Fallum in sämtlichen 4 Bezirken und in den Bezirken Brückhausen und Hünze, d. h. in insgesamt 48 Wahlbezirken gewaltsam gestört worden, so daß die Wahlhandlung nicht stattfinden und das Wahlergebnis nicht festgestellt werden konnte. Im ganzen kommen in den ausgefallenen Wahlbezirken 8000 Wahlberechtigte in Frage.

Die Entente und Eisner. Dem bayerischen Ministerpräsidenten Eisner ist die Einreise zur Wahltagung in die Pfalz verweigert worden. Anderen Politikern anderer Parteien aus dem rechtsrheinischen Bayern, die in der Pfalz die am 2. Februar stattfindenden Landtagswahlen betreiben wollen, wie Dr. Fein, wurde die Einreisegenehmigung erteilt.

Protest gegen den 10. Stundentag im besetzten Gebiet. Das französische Oberkommando hat im Bereich der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages an Stelle des bestehenden achtstündigen Arbeitstages befohlen. Gegen diese Maßregel hat die deutsche Arbeiterfront eine Protestnote überreicht. Die deutsche Arbeiterfront sieht in der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzung in Deutschland.

Rußland.

Kriegserklärung der Ukraine. Die ukrainische Presse begrüßt die ukrainische Kriegserklärung an die Bolschewiki. Die Ukraine wird sich auf die Defensiv beschränken. Oberkommandierender ist Petljura. Täglich treffen galizische Truppenteile zur Verstärkung ein. Von der Mobilisation wird vorläufig abgesehen. Pottawa, Schlottomir und Tschernigow befinden sich wieder in der Hand der ukrainischen Regierungstruppen.

Großbritannien.

Irlands Selbstständigkeit. In Irland ist man allgemein der Ansicht, daß die englischen Behörden nicht gegen die gesetzgebende Versammlung in Dublin unternehmen werden. Devalera wird wahrscheinlich zum Ministerpräsidenten gewählt werden; da er aber augenblicklich in englischer Gefangenschaft ist, wird schon Liam Neill als sein Stellvertreter auftreten. Die englische Regierung wird formell ersucht werden, die Armeen aus Irland zurückzuziehen. Devalera ist bekanntlich der allgemein anerkannte und geschätzte Sinnfein-Führer. Von anderer englischer Seite wird behauptet, daß Irland zu einem Kronland mit selbständiger Verwaltung gemacht werden solle.

Portugal.

Die monarchische Bewegung nimmt an Umfang zu und man glaubt, daß sie die Unterstützung Englands habe. Erzking Manuel wurde in Oporto und Lissabon wieder zum König ausgerufen: er soll sich an Bord eines Kriegsschiffes in Lissabon befinden. Ferner haben 1500 royalistische Truppen aus Oporto, bestehend aus Infanterie, Kavallerie und bewaffneten Bürgern, am Montag Valencia de Minho besetzt, wo die Monarchie ausgerufen wurde. Die Truppen hielten die Nationalflagge auf dem Palais des Gouverneurs, nachdem sie die republikanische Flagge heruntergerissen und auf dem Marktplatz verbrannt hatten.

Aus In- und Ausland.
Berlin. Wie verlautet, hat der Staatssekretär des Reichspostamts Mühlstein sein Abchiedsgesuch eingereicht.
Berlin. Man glaubt, daß in der nächsten Woche hier Verhandlungen mit Polen beginnen werden.
Essen. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier ist beendet. Auf denjenigen Seiten, auf denen sich die Belegschaften gestern noch im Auslande befanden, ist die Arbeit wieder überall aufgenommen worden.
Wien. Für nächsten Monat ist nur mit der halben Zuckergabe zu rechnen. Die Brotquote wird in der kommenden Woche ebenfalls wieder auf die Hälfte reduziert werden.
Subassè. In der Behandlung des Generalfeldmarschalls Radenski sind Erleichterungen eingetreten, welche auf das Resultat der Verhandlungen in Spa zurückgeführt werden Radenski wurde u. a. auch der Briefverkehr mit seinen Angehörigen und Hindenburg gestattet.
Kopenhagen. Über ganz Dänemark wurde der Belagerungszustand verhängt. Moskau und Petersburg wurden durch Befestigungsarbeiten gesichert.
Köpen. Bei den Kämpfen der Finnen gegen die Bolschewiken soll Troßki gefangen genommen worden sein.